

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.- Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.- Mk., für einen Monat 6.- Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postfachkonto Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 13693. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596	Insertenpreise: Die 7spaltige Kolonellschleife oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.00 Mk.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellschleife 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Nachnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr
--	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen.

Ungeklärte Lage im Reich und in Preußen. Werden die Rechtssozialisten mit den Sinnepartnern zusammengehen?

Berlin, 13. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wie unser Berliner Korrespondent erzählt, dürfte es vor Pfingsten nicht mehr gelingen, die noch unbesetzten Posten des Reichsministers, des Ministeriums des Innern, des Finanzministeriums und des Wiederaufbauministeriums zu besetzen. Dadurch rückt die Frage der Vervollständigung der Reichsregierung gleichzeitig mit der Frage der preussischen Kabinettsbildung in die Zeit nach Pfingsten. Es scheint noch immer, daß ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dieser doppelten Hinauszögerung besteht. Die drei bürgerlichen Parteien in Preußen halten an der Auffassung fest, daß die Vorbereitung der Regierungsbasis durch den Zutritt der Sozialdemokratie erfolgen muß. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei machen sich zur Zeit noch lebhafte Widerstände gegen ein solches Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei geltend. Man hört aber doch schon zahlreiche Stimmen, die erklären, daß man in der Frage der Koalitionspolitik nur prinzipiell dafür oder dagegen sein könne, wenn man sich aber für die Koalitionspolitik entschieden habe, so gäbe es eigentlich keine Grenze, die hindere, daß man mit dieser oder jener Partei eine Koalition eingehe. Diese Stimmen sind besonders stark in der Reichstagsfraktion, da man dort aus außenpolitischen Gründen noch immer Wert auf den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung legt. Es ist also sehr fraglich, ob die Besetzung des Innenministeriums und des Finanzministeriums, wie ursprünglich angekündigt, mit Faschistern erfolgen werde, oder ob nicht vielmehr doch zwei Volksparteiler ausfinden werden. Sicher ist, daß die neue preussische Krise sich wiederum nicht in wenigen Tagen lösen dürfte, so daß auch das Reichskabinett von dieser Krise in Mitleidenschaft gezogen werden wird.

Die bayerische Volkspartei zur Entwarnungsfrage.

München, 13. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Gestern tagte der Arbeitsausschuss der Landesvorstandschaft der bayerischen Volkspartei und beschäftigte sich mit den schwebenden politischen Fragen. An der Sitzung nahm auch der Abgeordnete Dr. Heim und Ministerpräsident v. Kahr teil. Die Besprechung der von Dr. Heim in Berlin im Reichstag abgegebenen Erklärung nahm einen großen Teil der Beratungen in Anspruch. Es scheint aber, daß man sich mit der Erklärung Dr. Heims in München abgefunden hat, obwohl sie in einem gewissen Widerspruch zu der Haltung der bayerischen Volkspartei in München steht. In dem offiziellen Bericht der bayerischen Volkspartei-Korrespondenz über diese Sitzung heißt es, daß die Darlegungen Dr. Heims die volle Zustimmung sämtlicher Verhandlungssteilnehmer fanden. Bei Beratung über die Selbstschuttsorganisationen war auch der Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr, Herr Scherich, als Sachverständiger zugezogen. Bei dieser Gelegenheit, so heißt es in dem offiziellen Bericht, würdigte der Arbeitsausschuss die Beweggründe, welche Herrn Dr. Heim zu seiner Erklärung im Reichstag Anlaß gegeben haben. Nun haben Dr. Heim und Herr Scherich dem bayerischen Ministerpräsidenten vermutlich gesagt, welche Haltung sie zu der Entwarnungsfrage einnehmen und die bayerische Regierung ist dadurch in die Lage versetzt, auch von sich aus, zu dieser, für Bayern so kritischen Frage Stellung zu nehmen.

Das angebliche Waffenstillstandsabkommen eine polnische Fälschung?

Oppeln, 12. Mai. Der Vertreter des deutschen Bevollmächtigten in Oppeln, Graf Praszma, gibt heute mittag folgenden bekannt: Der General Le Rond hat mir soeben auf meine Anfrage in Anwesenheit der anderen Mitglieder der Interalliierten Kommission auf das bestimmteste erklärt, daß der von Warschau verbreitete Punktversuch, es wären zwischen der Interalliierten Kommission und Insurgenten Abmachungen getroffen worden, von Anfang bis zu Ende, im Ganzen und in seinen einzelnen Punkten, erlogen sei. Es seien weder über einen Waffenstillstand, noch über eine Demarkationslinie, noch über eine Übertragung der Regierungsgewalt an die Insurgenten oder eine Amnestie irgendwelcher Verhandlungen gepflogen, geschweige denn Abmachungen getroffen worden.

Oppeln, 12. Mai. Die Interalliierte Kommission gibt amtlich bekannt: Gewisse Zeitungen berichten über das Zustandekommen des Waffenstillstands mit den Insurgenten, wonach eine Demarkationslinie festgelegt worden sei. Diese Nachricht entspricht jeder Grundlage.

Kampfmüdigkeit der Polen.

Berlin, 13. Mai. Nach der Polnischen Zeitung beginnt sich in den Kreisen der polnischen Insurgenten eine Kampfmüdigkeit bemerkbar zu machen, da es Korsantj nicht gelingt, die nötigen Schulungsgebäude aufzubringen. An verschiedenen Stellen des Insurgentengebietes sind in das Insurgentenheer eingetretene Arbeiter bereits wieder zu ihrer Arbeit zurückgekehrt. — Einer

weiteren Meldung des Blattes zufolge beabsichtigt Korsantj die Unabhängigkeit Oberschlesiens zu proklamieren.

Kattowitz, 12. Mai. Die gestrige Belegschaftsversammlung der Eisenzange hat sich in der Mehrheit für Wiederaufnahme der Arbeit ausgesprochen. Heute früh sind 30 Prozent der Belegschaft eingetroffen.

Italienische Entschädigungsansprüche an Polen.

Breslau, 12. Mai. Nach einer Meldung der Schlesienschen Zeitung hat die italienische Regierung eine Note nach Warschau gerichtet, in der sie für die Tötung der italienischen Offiziere und Soldaten eine Entschädigung in Höhe von 15 Millionen Lire fordert.

Angewählte obereschlesische Dokumente.

Berlin, 13. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Note Fahne veröffentlicht heute morgen fünf angebliche Dokumente aus dem Reichswaffenministerium. Das erste vom 7. Oktober 1920 soll beweisen, daß das Reichswaffenministerium in Oberschlesien Waffenlager errichtet hat und daß es, nachdem diese Waffenlager zum Teil entleert worden waren, neue Waffenbesitz an der obereschlesischen Grenze in Reiche, Neustadt und Falkenberg angelegt hat. In dem zweiten Dokument werden 30 Geschütze verschiedenen Kalibers zur Verfügung nach Oberschlesien als bereitstehend angegeben. Es sollen entsprechende sichere Verstecke für sie ausfindig gemacht und ein sicherer Wasser- oder Landweg zum Transport gewahrt werden. Dieses Dokument stammt vom 29. Oktober 1920. Vom gleichen Tage ist ein Dokument vorhanden, in dem ein Grejepska sich dem Reichswaffenministerium zur Ermordung Korsantj's anbietet. In dem Dokument heißt es: „Das Angebot ist nicht von der Hand zu weisen, und ich erwarte, unter der Hand über die Person Erkundigungen einzuziehen.“ Das vierte Dokument vom 14. November 1920 zählt eine Reihe von Offizieren auf, die als Abteilungsleiter nach Oberschlesien geschickt worden sind, um die dortige Kampforganisation zu leiten. In dem fünften Dokument, das vom 25. November 1920 datiert ist, heißt es: „Sollte der Fall eintreten, daß polnisches Militär tatsächlich das Abstimmungsbereich betritt, ist sofort die Interaktion 4599/20 B 1 b, Abteilung 5 vom 4. Mai 1920, zu befolgen, in der es dann heißt, daß der Kommandeur an der obereschlesischen Grenze stehenden deutschen Truppen sofort den Befehl zum Einrücken zu geben hat, sobald ein regulärer polnischer Soldat das Abstimmungsterritorium betritt. Diese Dokumente, deren Echtheit noch nachgeprüft werden muß, dürften der roten Fahne kaum auf anderem Wege, als über die polnische Aufstandsorganisation zugeleitet worden sein. Als unser Berliner Korrespondent in Oberschlesien weilte, hat Korsantj bereits darauf aufmerksam gemacht, daß er im Besitz mehrerer Dokumente sei und daß er im gegebenen Falle Gebrauch machen werde. Nun haben aber die Korsantj'schen Dokumente sich bisher nicht gerade durch große Echtheit und Zuverlässigkeit ausgezeichnet.“

Der Kampf der englischen Arbeiter. Eingreifen der Eisenbahnarbeiter.

Berlin 13. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Haag wird gemeldet: Nachdem die Transportarbeitergewerkschaft es nicht hat verhindern können, daß ausländische Kohlen nach England gebracht wurden und dadurch der Erfolg des Bergarbeiterstreiks sehr erheblich in Frage gestellt worden ist, haben nunmehr die Eisenbahnarbeiter beschlossenen, Maßnahmen zu treffen, um den Transport von den Häfen nach dem Inland nach Möglichkeit zu bekämpfen. Der Beschluß wird mit großer Sorge betrachtet, weil die Regierung zwar mit nichtorganisierten freiwilligen Hilfskräften das Ausladen der Kohlen betreibt, aber nicht Ersatzleute für die Eisenbahnen stellen kann. Sämtliche großen Passagierdampfer sind vom Streit der Stewards in Liverpool betroffen worden. Es wird gemeldet, daß Maßmann, der Sekretär des Hafenarbeiterverbandes von Antwerpen im Gewerkschaftsausschuss und dem Eisenbahnerverband mitgeteilt habe, daß die Hafenarbeiter es ablehnen würden, nach England bestimmte Kohlen zu liefern. Er fordert die holländischen Eisenbahner auf, die Hafenarbeiter zu unterstützen, und es unumgänglich zu machen, daß belgische Kohle nach England abtransportiert werde.

London, 13. Mai. (T.-U.) Der Bergarbeiterführer Smith sagte in einer Rede, daß die Arbeiter nachgeben würden, wenn die Böhmer bessere Löhne vorschlagen würden als bisher. — Der Import ausländischer Kohle aus Belgien, Frankreich und Amerika dauert trotz der Schwierigkeiten mit den Transportarbeitern fort, Amerika sendet 100 000 Tonnen Kohle. Die Londoner Straßenbahnen beginnen am heutigen Freitag mit Del zu heizen. — Eine Verammlung von Matrosen und Heizern beschloß, auch auf den Schiffen, die mit ausländischer Kohle beladen sind, weiter Dienst zu tun. — Aus Portsmouth wird gemeldet, daß eine Abordnung von Heizen und Elektrizitätsarbeitern der englischen Marine nach London abreisen wird. Sie soll, falls es notwendig wird, den Elektrizitätsdienst in London versehen. — Die große Schiffsverehr und Maschinenfabrik von Vickers u. Barrow wird Ende dieser Woche geschlossen, falls der Kohlenstreik bis dahin nicht beendet ist.

Bergarbeiterstreik in Desterreich.

Berlin, 13. Mai. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Seit heute morgen befinden sich die Arbeiter aller Kohlenwerke der Steiermark im Streik, weil ihre Lohnforderungen nicht bewilligt worden sind. Heute nachmittag dürften auch die Bergarbeiter in Niederösterreich in den Streik treten.

Konsolidierung der Sozialistischen Arbeiterpartei Jugoslawiens.

Es wird uns aus Belgrad geschrieben: Am 27. und 28. März tagte hier die Gründungskonferenz der obengenannten Partei. Trotz der mangelhaften Vorbereitungen, bedingt durch den noch immer dauernden Ausnahmezustand gegen die Arbeiterklasse, ist der Erfolg der Konferenz ein außerordentlicher. Obwohl die führenden Mitglieder des Belgrader Aktionskomitees einige Zeit mit der Reise zur Wiener internationalen Konferenz verbracht haben und kurz darauf in Belgrad einen heißen Wahlkampf um die Gemeinde zu bestehen hatten (wobei drei Mandate erobert wurden), gelang es dennoch, trotz geschlossener Arbeiterhäuser und Gewerkschaften, trotz Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen 73 Delegierte auf der Konferenz zu versammeln. Es war ein dankwürdiger Anblick, alle die alten Pioniere der sozialistischen Bewegung in unfern rückfälligen Lande versammelt zu sehen, alle befeelt von demselben Gedanken des Wiederaufbaues der Massenpartei des Proletariats nach so viel schmerzlichen Erfahrungen nach der zerrüttenden Rolle kommunistischer Phrasen.

Organisationen von fünfzehn Städten in Serbien, Mazedonien, Bosnien und Vojvodina entsandten ihre Delegierten zur Tagung. Die Verhandlungen waren getragen von ernstem Eifer und felsenfestem Willen, aus den Trümmern der Bewegung allen Hindernissen zum Trotz neuen Aufbau zu finden. Im Vergleich zu dem Bukovarer kommunistischen Kongress, wo ein hysterischer Taumel pleburevolutionärer, kritikloser Phrasen sich bis zum Schüttelfrost steigerte, war unsere Konferenz bescheiden, nüchtern, durch tragische Ergebnisse des Westproletariats gewichtig. Dort die Stimmung von solchen, die sich aus den verschiedenartigsten Motiven aufbehalten, hier klare sozialistische Erkenntnis, dort anarchoistische Deklamation, hier revolutionärer Aufstieg.

Schon äußerlich, durch die territoriale Begrenzung der vertretenen Organisationen, wurde der Konferenz ins Bewußtsein gerufen, wie schwer die Wege der sozialistischen Sammlung hierzulande sind. Die ganze kroatische und die slowenische SDP waren bloß durch je einen Genossen als Gast vertreten (D. M. Koscevic aus Agrar und Abgeordneter Golouch aus Laibach). Die slowenische SDP hat wenigstens für ihr Verbleiben den formellen Grund, daß sie die Entscheidung ihres Parteitag's abwarten muß, dagegen bei der kroatischen SDP ist es die innere Auflösung, der Krach der Arbeiterbewegung, welche die schwere Belastung mit nationalböhmischer Ideologie einerseits und reformistisch-separatistischer Opportunitätspolitik andererseits nicht aushalten konnte. Und leider ist die Zeit des sozialistischen Wiederaufbaus in Kroatien und Slavonien noch nicht gekommen. Die politische Atmosphäre ist dort vergiftet und durch nationalistische Negationsstimmung zur vollständigen Unerschbarkeit verdammt. So mußte unsere Konferenz sich damit begnügen, das Sprachrohr der sozialistischen Wiedergeburt in Serbien, Bosnien und einem Teil des Banats zu werden, darunter der Belgrader Kreis mit seinen 2000 deutschen Parteimitgliedern, welche wie alle anderen deutschen sozialistischen Organisationen in Jugoslawien unter dem Einfluß der Wiener Arbeiter-Zeitung den gesundesten Teil der Arbeiterbewegung hier darstellen und der Wiener Internationalen Konferenz vollauf beistimmen. — Um so gründlicher und tiefer ist die getane Arbeit. Obwohl die definitive Ausarbeitung und Fassung des Programms und der Taktik dem künftigen allgemeinen Parteitag überlassen werden mußte, hat die Konferenz keinen Zweifel gelassen an den Prinzipien und den Richtlinien der Partei.

Nach der Eröffnung der Konferenz durch Genossen Kosanin, erstattete Genosse Tasa Mijojevic den Bericht des Aktionskomitees mit einer trefflichen historischen Einleitung und sachlichen Darstellung des bisher Geleisteten und der nächsten Aufgaben. Darauf folgten Berichte der Provinzen. Dann referierte Genosse Zinko Topalovic über das Programm und begründete seine programmatische Resolution, welche eine ausgezeichnete Zusammenfassung des früheren marxistischen sogenannten Maximumprogramms und des Minimums oder Aktionsprogramms darstellte. Das sachliche, klare Referat fand allgemeine Zustimmung, wobei das Geleitwort des Referenten voll gewürdigt wurde, daß die Aufgabe der Konferenz vor allem eine organisatorische ist, daher theoretische Spitzfindigkeiten hier nicht am Platze sind.

Die Nachmittags-sitzung war ausgefüllt mit der Detaildiskussion über das Statut der Partei, worüber Genosse Uca Kavovic referierte. Der Höhepunkt des nächsten Tages war das Referat des Genossen Dragisa Depcevic über die Taktik der Partei, welche er in einer kurzen, ausgezeichneten Resolution klar zusammenfaßte. Es war dies eine markige Abrechnung mit dem rechten und linken Opportunismus, mit dem Antichismus der Anarcho-Syndikalisten wie mit der Altersschwäche und Degeneration der Reformisten. — Ueber den nächsten Punkt der Tagesordnung: